

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Verleger: J. F. Panke & Co. in Posen, Hauptstr. 14.

Abonnementspreis: 12 Ngr. pro Quartal.

Nr. 407.

Montag, 15. Juni. (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Ggr. die sechsgehaltene Zeile über deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 14. Juni. Die Kaiserin von Rußland ist heute Nachmittag 1 Uhr in Jugenheim eingetroffen. Die Kaiserin Augusta, welche zur Zeit in Baden-Baden weilt, hat ihren Besuch in Jugenheim auf morgen Nachmittag 4 Uhr angekündigt.

Wien, 12. Juni. Einer Meldung des „Pesti Naplo“ zufolge soll die zweite Hälfte der ungarischen Anleihe im Nominalbetrage von 163,000,000 Silbergulden erst dann realisiert werden, wenn sich günstige Gelegenheit dazu bietet. Wie das gedachte Blatt hinzufügt, würden von dem Anleihe-Konfortium einstweilen der ungarischen Regierung die notwendigen Vorschüsse geleistet. — Die Gesandtschaften wegen der rumänischen Eisenbahnanbahnungen und der an die österreichische Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu ertheilenden Eisenbahn-Konzession Temesvar-Orlova sollen am nächsten Dienstag in dem Reichstag eingebracht werden.

Bern, 13. Juni. Der Ständerath hat eine nachträgliche Uebernahme zum internationalen Münzvertrag genehmigt, wonach im Januar 1875 ein neuer Münzkongress in Paris zusammenzutreten soll.

Paris, 14. Juni. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Madrid vom gestrigen Tage hat die Armee ihre Operationen wieder aufgenommen. General Concha wird seine Truppen bei Tafalla konzentriren. — Cassagnac hat eine wiederholte Herausforderung des Republikaners Clemenceau zum Duell abgelehnt. — Das Gericht, der Herzog von Decazes beabsichtigt von seinem Posten zurückzutreten, wird von der „Agence Havas“ dementirt. — Der Carlstenchef Emilio ist hier eingetroffen.

Verfaillies, 13. Juni. [Nationalversammlung.] Kriegsmi- nister Cisseu bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Bestimmungen, welche bei einem Uebergange der Armee vom Friedensfuße auf den Kriegsfuß zu treffen sind. Die Vorlage wird für dringlich er- klärt und der Armeekommission überwiesen. Hierauf beantragt der Deputirte Houffard, im Interesse der landwirthschaftlichen Arbeiten das Aufgebot des zweiten Theiles des Kontingents hinauszuschieben. Der Minister des Ackerbaues und Handels, Gribart, macht darauf aufmerksam, daß der Kriegsmi- nister durch die Entscheidung der Na- tionalversammlung in dieser Beziehung gebunden sei und die Verantwortlichkeit für eine solche Maßregel nicht auf sich neh- men könne.

— Das linke Zentrum wird, wie aus parlamentarischen Krei- sen mitgetheilt wird, am nächsten Montag einen Antrag stellen, wel- cher die definitive Proklamation der Republik unter dem Marschall Mac Mahon als Präsidenten auf die Zeit von 7 Jahren verlangt. Dieser Antrag läßt eine vollständige oder eventuell auch nur theil- weise Revision der gegenwärtigen republikanischen Verfassung zu. Das linke Zentrum beabsichtigt mit dem Einbringen dieses Antrages zu- gleich die Dringlichkeit für denselben zu verlangen. Man hofft, ein Theil des rechten Zentrums werde dem Antrage beistimmen, doch ist dies noch zweifelhaft.

— 14. Juni. In einer Versammlung der gemäßigten Linken und der äußersten Linken, welche gestern Abend stattgefunden hat, wurde beschlossen, obgleich die Fraktionen eine konstituierende Gewalt der Nationalversammlung im Prinzip nicht anerkennen könnten, trotz- dem für den konstitutionellen Antrag zu stimmen, welcher, wie gemel- det, am Montag vom linken Zentrum gestellt werden wird, weil man darin einen Versuch erblickt, die Republik vor den Angriffen der Bonapartisten sicher zu stellen.

Madrid, 13. Juni. Wie der „Imparcial“ wissen will, beab- sichtigt die spanische Regierung im Falle des Ablebens des P a p s t e s das Einspruchsrecht in Anspruch zu nehmen, wie solches den frü- heren Königen von Spanien gegen die Wahl eines Papstes zuge- standen hat.

Venedig, 13. Juni. Der Katholikerkongress hat in seiner heu- tigen Sitzung die Anträge betreffend 1) die Vertheilung an Wohl- thätigkeits-Instituten, 2) die Herbeiführung eines im christlichen Sinne gehaltenen Unterrichts an den Municipal-Schulen, 3) die Vertheilung an den administrativen Wahlen und 4) die Wahl einer Kommission zur Gründung von Universtitäten angenommen.

London, 13. Juni. Der Herzog und die Herzogin von Edin- burg sind heute früh zum Besuche des Kaisers und der Kaiserin von Rußland nach Ems abgereist.

London, 14. Juni. Bei der anderweiten Wahl eines Parlaments- mitgliedes für Winton ist Carl John Stewart (konservativ) mit einer Majorität von 8 Stimmen gewählt worden.

Petersburg, 12. Juni. Aus Kiachta wird unterm 8. Juni ge- meldet: Der neu ernannte russische Gesandte v. Bilgow ist am 20. Mai in Peking vom Kaiser von China mit demselben Ceremoniell wie vordem die anderen Gesandten empfangen worden.

Konstantinopel, 14. Juni. Die Regierung hat die Ratifizirung des von Sadyk Pascha abgeschlossenen Uebereinkommens über eine neue Anleihe nunmehr definitiv verweigert. Man spricht von einer neuen, durch ein großes pariser Bankhaus vorgelegten Kombination.

Belgrad, 13. Juni. An Stelle des bisherigen diplomatischen Agenten Serbiens in Bukarest, Staatsrathes Zukitch, ist Petronje- witsch zum Vertreter Serbiens daselbst ernannt.

Bukarest, 13. Juni. Die außerordentliche Session der Kammern ist heute durch eine Thronrede des Fürsten geschlossen worden.

Cairo, 13. Juni. Von unrichtiger Seite werden die Gerüchte von angeblichen bedeutenden Rückstellungen des Vizekönigs von Egypten als völlig unbegründet bezeichnet.

Washington, 13. Juni. Das Repräsentantenhaus hat die von dem Komite des Kongresses empfohlene und von dem Senat bereits votirte Bill abgelehnt, nach welcher der Maximalbetrag der Green- backnoten auf 382 Millionen festgesetzt wird und wonach jederzeit für je 250,000 Dollars von den in Umlauf befindlichen Greenbacknoten einzugezogen werden müssen, sobald der Betrag der in Umlauf gesetzten Noten der Banken sich um je 1 Million erhöht. Das Repräsentanten- haus hat ferner beschlossen, behufs Erzielung eines Einverständnisses mit dem Senat über die zu treffenden diesbezüglichen Bestimmungen eine neue Kommission niederzusetzen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. Juni.

— Ueber den verstorbenen Staatsminister a. D. August v. d. Seydt schreibt die „Nat.-Ztg.“:

Da der Verstorbene seit länger als drei Jahren aus dem öffent- lichen Leben ausgeschieden ist, werden Haß und Günst der Parteien seinem Grabe gleichmäßig fern bleiben. Das öffentliche Urtheil kann die Verdienste, welche der Verstorbene sich um unsere Staatsentwicke- lung erworben, sowie die Schwädigungen, welche er derselben zugefügt hat, gelassen gegen einander abwägend anerkennen, daß derselbe für die Verfassungsentwicklung in Preußen eine hervorragende Thätig- keit entfaltet hat. Daß ihn dabei ideale Bestrebungen geleitet oder be- sondere staatsmännische Fähigkeiten ausgezeichnet hätten, kann man nicht sagen. Er hatte aber einen offenen Blick für die Bedürfnisse der Zeit, und aus einem großen rheinischen Kaufhause hervorgegangen, brachte er auch in den öffentlichen Verhältnissen eine von den büreau- kratischen Formen befreite Auffassung und Behandlungsweise zur Gel- tung. Die Rolle, die er in der vereinigten Landtage an der Seite von Georg Vinde, Camphausen u. A. spielte, wird unvergessen sein. Eben- so bleiben seine Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung in Preußen unbestreitbar. In der eigentlich politischen Thätigkeit be- herrschte ihn zu sehr der aus dem kaufmännischen Leben herüberge- nommene Grundsat, daß Handeln und Bieten das Geschäft mache; indessen durfte man von ihm rühmen, daß den ihm abgerungenen Zu- sagen die Erfüllung niemals gefehlt hat. Da Zweckmäßigkeitsgründe ihn wesentlich beherrschten, war Folgerichtigkeit nicht das Geheiß seines Handelns, und so hat er mit Recht häufigen Tadel erfahren. Keine Kritik wird aber leugnen können, daß er eine kraftvolle bedeutende Persönlichkeit gewesen, die ihre Spur zahlreichen Einrichtungen unseres Staatswesens eingepreßt hat.

Der Verstorbene war am 15. Februar 1801 zu Elberfeld geboren und genos als der Sohn des Chefs eines großen und geachteten Ban- kierhauses, das noch heute unter der Firma v. d. Seydt, Kersten und Söhne in Elberfeld fortbesteht, auf den Instituten seiner Vaterstadt die sorgfältigste Schulbildung, widmete sich dann der Handlung in dem väterlichen Geschäft und unternahm eine größere Studienreise durch Frankreich und England, der er mehrere Jahre widmete. Bald nach seiner Rückkehr trat er in das väterliche Geschäft ein, das er mit seinen beiden Brüdern Carl und Daniel leitete. Die große und um- sichtige Rührigkeit, die er befandete, lenkte die Aufmerksamkeit seiner Mitbürger sehr bald auf ihn hin. Namentlich waren es die städtischen Schulanstalten, deren Organisation und Fortbildung er sich mit beson- derer Vorliebe widmete. 28 Jahr alt, wurde er zum Mitgliede der städtischen Kommunal-Schul-Behörde in Elberfeld gewählt und bald dar- auf zum Mitgliede des Gemeinderathes berufen. Dem Handelsgar- nite zu Elberfeld gehörte er seit 1831 als Mitglied an, 1840 trat er als Präsident an dessen Spitze. 1833 erhielt er den Charakter als Kommerzienrath, 1834 den Rother Adler-Orden vierter und 1838 den dritter Klasse mit der Schleife. Bei der Elberfeld-Dortmunder-Eisen- bahn wurde er vom Finanzminister statutenmäßig zum Vorsitzenden des Verwaltungsrathes designirt. In größeren Kreisen begann sich die Wir-ksamkeit v. d. Seydt's auszudehnen, als er 1839, nachdem er schon früher Kreis- und Abgeordneter gewesen, auch zum Landtags-Abgeordneten ge- wählt worden war. 1841, 43 u. 45 erschien er als Abgeordneter für Elber- feld auf den Rheinischen Provinzial-Landtagen, 1842 wohnte er auch in Berlin den vereinigten ständischen Ausschüssen bei, zu deren Mitgliede er von jedem der erwähnten drei Landtage von 1841, 43 u. 45 erwählt wurde. 1845 wurde er als Sachverständiger zu der nach Berlin berufenen Kon- ferenz zur Verabreichung eines allgemeinen Wechselrechts berufen und später auch preussischer Seits zum Delegirten für die in Leipzig zusammen- getretene Konferenz zur Verabreichung des Allgemeinen deutschen Wechsel- rechts designirt. Bekannt ist Seydt's hervorragende Thätigkeit auf dem vereinigten Landtage. Mandate zur deutschen und zur preussischen Na- tionalversammlung nahm er nicht an, lehnte auch den Eintritt in das Ministerium Huel ab, dagegen nahm er am Tage vor der Auflösung der nach Brandenburg verlegten Nationalversammlung die Stelle als Finanzminister im Ministerium Wanteuffel an. Als dieses beim Re- gierungsantritte des jetzigen Königs abtrat, ging er, zeitweise auch das Handelsministerium leitend, in die folgenden Ministerien über, bis er durch den jetzigen Finanzminister ersetzt wurde.

— Nach Schreiben der Herren Windthorst und Dr. Franz Hüls- kamp an die „Germania“ sind Verhandlungen wegen Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Herrn v. Mallindrodt ein- geleitet.

— Die verstorbenen Königin in Elisa b e t h hatte einen namhaften Theil ihres Privatvermögens zu jährlichen Unterstüzungen an Noth- leidende bestimmt. Laut testamentarischer Verordnung sollen nun alle diejenigen, welche bis zum Todestage der Königin Elisabeth Unter- stüzungen bezogen haben, dieselben auch fernerhin auf ihre Lebenszeit beziehen, wenn sie sich mit ihren desfalligen Gesuchen an den Kaiser als Testamentvollstrecker, wenden. Man sagt, daß die hohe Frau testamentarisch die Finsen von einer halben Million Thaler zu dem angegebenen Zweck bestimmt hat. — Auch der Arbeiter Speer, welcher vom hiesigen Schwurgericht wegen Mordes seiner Geliebten zum Tode verurtheilt wurde, ist dieser Tage vom Kaiser zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt worden.

— Die „Standesbeamten“ für Berlin sind gewählt worden und zwar ist der „Voss. Ztg.“ zufolge die Wahl des Magi- strats auf nachbenannte Personen gefallen: 1) den Stadtrath Dr. Roth, 2) den Stadtrath Dr. Tschow, 3) den Sprachlehrer und gericht- lichen Dolmetscher A. Wagner, 4) den Prediger a. D. Kradke, 5) den Premierlieutenant a. D. und Bezirksvorsteher v. Ericksen, 6) den Se- minarlehrer a. D. und Schriftsteller (Ed. Keller, 7) den Hauptmann und Batterie-Chef im Garde-Feld-Artillerie-Regiment L. v. Kudeff, 8) den Kaufmann, Bezirksvorsteher und Bürger-Deputirten Justinus,

9) den Major z. D. v. Harder, 10) Prediger a. D. Theodor Balzer, 11) Lieutenant a. D. Jordan, 12) Major a. D. Dösch. Zu Stell- vertretern sind gewählt: 1) frühere Gutbesitzer W. von der Osten, 2) städtischer Turnlehrer Goldammer, 3) Ober-Landes-Gerichts-Refere- rendar a. D. v. Kamele, 4) Polizei-Lieutenant und Landwehr-Haupt- mann v. Steineller, 5) Kammergerichts-Referendar a. D. v. Döpel, 6) Oberamtmann R. Deutsch, 7) Rentant D. Köls, 8) Bürgermeister a. D. Grieben, 9) Rentier A. Lewinstein. Für drei Stellvertreter wer- den die Wahlen später stattfinden.

(d) **Aus Westpreußen, 13. Juni.** [Konter Ablaß. Schmug- gel. Polnische Ausstellung in Thorn]. Der katholische Theil Westpreußens ist augenblicklich stark in Bewegung gesetzt durch den achtägigen Ablaß im Kloster Maria-Konk bei Neumark. An Pilger- scharen hat es diesmal nicht gefehlt, ebenso wenig aber auch an Va- gabunden und Dieben, welche bei dieser Gelegenheit aus allen Gegenden zusammenströmen, um ihrem Gewerbe nachzugehen. Der Ablaß zu Maria-Konk bringt deshalb immer schwere Arbeit für die Polizei- beamten der ganzen Gegend, welche unter den frommen Wallfahrern manches räudige Schaf zu entdecken pflegen. — Die „Spen. Ztg.“ bringt einen etwas befremdlichen Brief aus St. Petersburg, in wel- chem es heißt, in Folge des neuerdings an einzelnen Stellen der preu- ßisch-russischen Grenze wieder zunehmenden Schmuggels, bei dem es oft zu erbitterten Kämpfen mit den russischen Grenzsoldaten komme, sei man in St. Petersburg nicht gut auf Preußen zu sprechen. Es ist kaum zu glauben, daß die Zunahme des Schmuggels eine derartige Wirkung hätte äußern sollen. Im Gegentheil, die Zunahme des Schmuggels trotz der in den letzten Jahren verschärften Kontrollmaß- regeln müßte die Russen belehren, wie unnatürlich und haltlos ihr Absperrungssystem ist. Wenn es die leitenden Kreise in St. Peters- burg nicht wissen, das Volk fühlt es instinktiv, wie nothwendig es des Waarenaustausches mit Deutschland bedarf; so suche es sich denn, da ihm die anderen Wege verperrt sind, durch den Schmuggel zu helfen. Wäre das Bedürfnis nach Handelsverkehr mit uns nicht vorhanden, es würde sich bei der scharfen Bewa- chung der Grenze sicher Niemand zum Schmuggel und zum Ver- kehr mit Schmugglern bereit finden lassen. Die landwirthschaftliche Ausstellung in Thorn hat einen sehr glücklichen Verlauf genommen; der Zweck den sich die polnischen Veranstalter derselben gesetzt: der großen Menge die Ueberzeugung von den bedeutenden Fortschritten der Polen in Industrie und Landwirtschaft beizubringen, ist werten- ders in letzterer Beziehung erreicht worden. — Die landwirthschaftliche Abtheilung der Ausstellung war von Deutschen fast gar nicht besuch- t, und da einzelne große polnische Besitzer in der That ganze Heerden hilslicher Thiere — wir wissen freilich nicht, ob selbst geüchtet oder angekauft — zur Ausstellung gesandt hatten, so mögen Viele die Ueber- zeugung gewonnen haben, daß die Polen jetzt mehr als früher auf guten Viehstand halten; daß es nur 4—6 große Besitzer waren, welche alle diese Prachtexemplare gestellt hatten, daß der kleine Besitz fast ganz fehlte, übersah man eben. Anders gestaltete sich die Sache in der in- dustriellen Abtheilung der Ausstellung. Hier waren vorwiegend deutsche Aussteller vertreten und wo polnische Industrielle ausgestellt hatten, da vermochten selbst die vom Komite verliehenen Preise nicht die Ueber- zeugung von großen Fortschritten der Polen zu wecken. Jedenfalls hat die Stellung, welche die Mehrheit der Deutschen zu der Ausstellung nahm, die Polen belehren müssen, daß es sich unter deutscher Herr- schaft gar nicht so übel leben läßt; deutsche Gewerbetreibende hatten es nicht verschmäht, ihre Ausstellung zu besichtigen, die deutsche Presse referirte anerkennend über die Ausstellung — erst nachträglich ist bei der „Thorner Ztg.“ das vorher gespendete Lob ins Gegentheil umge- schlagen — und der Magistrat zu Thorn bewilligte den Polen sogar das Stadttheater zu einer polnischen Vorstellung.

Ems, 13. Juni. Der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch ist zum Besuche des Kaisers von Rußland hier eingetroffen. — Nach einer weiteren hier eingegangenen Nachricht würde auch der König der Nie- derlande am 18. c. zum Besuche des Kaisers hier erwartet.

Paris, 11. Juni. Gestern empfing der Marschall-Präsident die h i r m ä n i s c h e G e s a n d t s c h a f t. Dieselbe besteht aus 11 Personen, nämlich dem Minister des Außern, welcher den Titel eines Botschaf- ters führt, dem Sekretair des Königs, zwei hohen Offizieren und sechs anderen Personen. Die Gesandtschaft verließ in vier Wagen, die ihnen der Marschall geschickt, um 12 Uhr den Koubre, wo sie ihre Residenz aufgeschlagen, und kam um 1 Uhr im Elysee an. Die vier Hauptpersonen waren in kostbare hunte Stoffe gekleidet; ihre Kopfbe- deckung bestand aus einer Art von Helm mit einer Spitze. Die übrigen Mitglieder der Gesandtschaft trugen dunkle Kleider. Der Mar- schall empfing die Gesandtschaft im großen Ehrensalon. Er war von seinem militärischen Gefolge und den Ministern Decazes und Cisseu umgeben. Die Marschallin wohnte dem Empfange ebenfalls an. Es ist das erste Mal seit dem Sturz des Kaiserreichs, daß die Gemahlin des Staatsoberhauptes sich an einer offiziellen Feierlichkeit theilnimmt. Nach den offiziellen Neben unterhielt sich der Marschall einige Minu- ten mit dem Gesandten mittelst eines Dolmetschers. Der ganze Empfang dauerte fünf Minuten.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht das Gesetz, welches die auf die Naturalisation Fremder betreffenden Gesetze auf die Kolonien ausdehnt; ferner enthält das amtliche Blatt eine Verordnung des Ministers des Innern, der eine Kommission einsetzt, um alle auf die Ausübung und Regelung des Vereinsrechtes bezüglichen Dokumente zu vereinigen und zu ordnen und einen Gesetzentwurf über diesen Stoff vorzubereiten.

Wie aus Lyon gemeldet wird, soll das berüchtigte lyoner Sicher- heitskomite der Septemberrevolution, dessen Mitglieder sämmtlich dem

Wohlfahrtsausschüsse angehört, nun endlich vor dem Kriegsgerichte erscheinen. Im Ganzen hat dieses Komite nicht weniger als 105 Personen unter den lächerlichsten und widerfinnigsten Vorwänden in den Gefängnissen von Lyon schmachten lassen. — Die alte Papststadt Avignon bereitet sich vor, auf eine würdige Weise die 500jährige Feier des großen Dichters Petrarca zu begehen. Das Fest wird einen ausschließlich provengalischen Charakter haben. Feuerwerk, Fischereien auf der Rhône, Fackelzüge, Serenaden, Illuminationen, Bekränzungen, Preisvertheilungen, Armenspeisung u. s. w., kurz Alles, was zu einem südfranzösischen Volksfeste gehört, wird stattfinden. Die Statue Petrarca's wird feierlich enthüllt und mit vergoldeten Kränzen geschmückt werden.

Paris, 12. Juni. Das Organ des Herrn Cassagnac „Pays“ haranguiert mit Bezugnahme auf die Vorgänge von St. Lazare die Polizeidiener von Paris folgendermaßen:

„Polizeidiener! Mehrere eurer Kameraden wurden gestern auf dem St. Lazare-Eisenbahnhof von Gambetta, Brisson, Adam und anderen Ermählten der „Radicaille“ öffentlich beleidigt. Ein alter Brigadier hatte ihnen mit den so stolzen wie wahren Worten geantwortet: „Sie halten uns also für Geiseln?“ Indeß zögerten eure Kameraden; vor dem Ansehen, welches an das Mandat eines Deputirten geknüpft ist, selbst wenn dieses Mandat auf unwürdige Weise vertreten, wagten sie nicht, dieselben festzunehmen und nach dem Wackelpfeil zu schleppen. Polizeidiener! Ihr kennt diese Leute; es sind die nämlichen, welche den armen Vincenzini ertränkten und die seine Mörder unbefragt ließen; es sind die nämlichen, welche die Beleidigungen, die Beschimpfungen gestatteten, mit denen ihr nach den insamen Septembertagen von 1870 überschüttet wurdet; es sind die nämlichen, welche die Niedermetzelung der Gendarmen nicht veräugeten. Diese unheilvollen Männer, diese Republikaner sind die Söhne der Insurgenten vom Juni 1848; die Verbrenner der Municipalpaläde; es sind die Entel der Heuler von 1793. Die Diebe, welche ihr zu übermachen habt, die Liebhaber des Messers, welche ihr in den Hüllen an der Barriere aufrafft, haben Frankreich nie so viel Unglück zugefügt, als diese verfluchte Race, welche sich die republikanische Race nennt, und doch sind sie es, welche gestern vor tausend Personen eure Kameraden beschimpften und die Ehre eurer Uniform zu demüthigen versuchten. Und doch seid ihr tapfer; ihr waret alle Soldaten, und mehr als einer von euch trägt auf der Brust eine glorievolle Medaille. Eure Stirnen, eure Brust sind mit 20 Schickselschindeln erhaltenen Wunden gesüht. Und es sind diese feigen Heuler, diese Feiglinge der nationalen Vertheidigung, diese Flüchtigen von Paris, Tours, Bordeaux, von überall, welche euch angreifen. Warum? Weil ein entschlossener Mann, ein ehemaliger Offizier, nicht dulden konnte, daß man der ganzen Partei des Kaiserreichs den Schimpfnamen Elende gebe. Dieser alte Offizier hatte nichts gethan, was nicht gesetzlich gewesen wäre. Er beschränkte sich darauf, zu sagen: „Ich verbiete Ihnen, mir zu sagen, daß ich ein Elender bin.“ Er hatte die vollständige Mäßigung beobachtet; er hatte die vier Wangen Gambetta's, die von vorn so wie von hinten, respertirt, und doch hat man euch, die Polizeidiener, geholt; die Republikaner, toll vor Schreden, da sie sich einem einzigen Manne, der mit der Ehrenlegion geschmückt war, gegenüber befanden, haben euch aufgefordert, ihn zu verhaften und sie zu beschützen. Glauben sie sich also in der Zeit, wo sie zur Schande Frankreichs an der Gewalt waren, und euch in dem belagerten Paris verhungern lassen? Polizeidiener, edle Diener der bedrohten Gesellschaft...“

In diesem Style geht es weiter und kann es unter den gegenwärtigen Umständen wohl nicht Wunder nehmen, wenn die Regierung das Blatt — auf 14 Tage suspendirt hat. Mit ihm zugleich sind, wie bereits telegraphisch gemeldet, auch „Kappel“ und „XIX. Siècle“ die Organe der radikalen Partei suspendirt worden.

Herr von Cassagnac veröffentlicht in Bezug auf eine seitens des Herrn Clemenceau wegen des von uns reproduzierten Schmach-Artikels an ihn gerichtete Herausforderung folgende Note:

„Ich erhalte so eben, daß die Herren Schöcher und Testelin, Deputirten der National-Versammlung, sich im Bureau der Redaktion eingefunden haben, um im Namen des Herrn Clemenceau Genehmigung durch Waffen zu verlangen. Es scheint, daß Herr Clemenceau der Deputirte der Republikaner der fünf Welttheile ist. Die Herren haben außerdem erklärt, daß sie bejagt seien, einem jeden Redakteur des „Pays“ einen Republikaner entgegenzustellen. Wir haben nur Zeit, unseren Lesern dieses unterhoffte, von einer erheiternden Wildheit begleitete Erwachen der republikanischen Tapferkeit mitzutheilen und werden wir unseren Lesern über den Verlauf der Sache morgen berichten.“
Paul de Cassagnac.

Berfailles, 12. Juni. Die Insultationen, deren Gegenstand gestern Mittag Herr Gambetta und andere Deputirte auf dem Bahnhofe von St. Lazare gewesen, wurden dem Quästor der in den letzten Zügen liegenden Assemblée sofort beim Betreten des Saales von Herrn Gambetta mitgetheilt. Der Quästor, Herr Baze, setzte den Minister des Innern davon in Kenntniß und berief die Führer aller Parteien zu einer Berathung über die zum persönlichen Schutze der Deputirten etwa zu treffenden Maßregeln. Im ganzen Saale herrschte die größte Aufregung; die Deputirten standen in Gruppen zusammen und diskutirten die Vorgänge auf dem Bahnhof. Dem Gegenstande der Verhandlungen wurde nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

Nach Erledigung der geschäftlichen Mittheilungen berichtet im Namen der 15. Abtheilung Jordan über die Wahl (des Republikaners) Hérisson's in der Haute-Saône, gegen welche der unterlegene Gegenkandidat Herzog Marnier einen Protest eingereicht hat, weil er während des Wahlkampfes von zwei Blättern des Departements durch Verleumdungen discredirt und dadurch in seinen Wahlausichten geschädigt worden sei. Die Abtheilung hält zwar diese Mährchen für adelnswürdig, beantragt aber, da es ihrer Tragweite keine besondere Bedeutung beilegen kann, die Gültigkeitserklärung der Wahl Hérisson's. — Der Marquis v. Grammont beantragt die Debatte zu vertagen, bis Jedermann von dem Verichte, bei dessen Verlesung Niemand ein Wort gehört habe, Kenntniß genommen. Nach Probe und Gegenprobe beschließt die Versammlung, erst nach Abdruck des Verichts im „Journal officiel“ in die Debatte einzutreten. — Ein Gesetz, welches die Stadt Mort zur Aufnahme einer Anleihe ermächtigt, wird angenommen. — Jules Grevy bringt einen Gesekentwurf ein, welcher den Belagerungszustand im Jura-Departement aufhebt. — Es wird darauf die Berathung des Municipalwahlgesetzes bei Artikel 5 fortgesetzt, dessen erster Absatz nach dem Amendement Lafayette dahin angenommen war: „Es werden in die Liste der Municipalwähler alle 21 Jahre alten Bürger eingetragen, die ihre bürgerlichen und politischen Rechte genießen...“ Die Debatte wendet sich den einzelnen Kategorien der zur Aufnahme in die Wahllisten Berechtigten zu; sie verläuft ohne besondere Zwischenfälle. Es sprechen Marquis de Valfron, Lucien Brun, der Berichterstatter Graf Chabrol. Ein Amendement der beiden erstgenannten Deputirten, welches die Dauer des Wohnsitzes, der zur Aufnahme in die Wahllisten berechtigt, anders bestimmt, wird mit 385 gegen 254 Stimmen abgelehnt; dasselbe Schicksal hat ein Amendement des Vicomte de Meaur, welches mit 438 gegen 127 Stimmen verworfen wird. — Jules Ferry beantragt folgende Fassung: (Eingetragen werden) „1) die majorennen Franzosen, die seit 6 Monaten in der Gemeinde wohnen, wenn sie darin geboren sind oder dort dem Rekrutierungsgesetz genügt haben.“ Der Berichterstatter erklärt, daß die Abstammung zweifelhaft, verlange die Kommission, daß das Amendement an sie zurückverwiesen werde, wie dann auch die Versammlung beschließt.

Der Präsident: Der Quästor Baze verlangt das Wort, um, nachdem er sich mit der Regierung ins Einvernehmen gesetzt, eine

Frage an dieselbe zu richten. (Allgemeine Spannung.) — Baze: Meine Herren, mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern werde ich vor Ihnen denselben fragen, ob er die sehr einfache Frage beantworten will, die ich an ihn richten werde. (Hört! hört!) Ereignisse von sehr erster Art haben sich heute zu Paris auf dem Bahnhofe St. Lazare zugetragen. Diese Ereignisse haben ihren Wiederhall bis in diese Saal, bis zu Ihnen gefunden. Es erfordert die ruhige Ueberlegung und die Würde der Versammlung, daß sie schon heute weiß, ob diese Thatsachen im Sinne der positivsten Wahrheit ihre Aufklärung finden werden — wir verlangen nichts Anderes — ihre Aufklärung durch eine ernsthafte Untersuchung, die, ich zweifle nicht daran, in loyaler Weise vor sich gehen wird, wenn der Herr Minister das Versprechen giebt. (Sehr gut.)

Der Minister des Innern Fourton: Meine Herren, es ist wahr, daß bedauerliche Szenen heute auf dem Bahnhofe St. Lazare stattgefunden haben. Die Nachrichten, welche mir in dem Augenblicke, wo ich in der Kammer ankam, zugegangen sind, waren widersprechender Art. Die bis jetzt mir zu Theil gewordenen amtlichen Informationen reichen nicht aus, um Ihnen über diesen Zwischenfall vollständige Aufklärungen geben zu können. Eine einzige Thatsache hebt sich von diesen Informationen ab. Einer unserer verehrten Kollegen, dessen Eigenschaft (als Deputirter) nicht verkannt wurde, ist verhaftet, aber fast sofort wieder freigelassen worden und er hat selbst der Mäßigung des Agenten, der ihn verhaftete, Gerechtigkeit widerfahren lassen. In Betreff der von mir verlangten Untersuchung ist meine Antwort sehr einfach. Es muß die volle Wahrheit zu Tage kommen und alle Thatsachen, die man mir bezeugt, werden Gegenstand einer genauen Feststellung sein. Wir wollen mehr als irgend wer, daß alle Verantwortlichkeiten sich erfüllen. (Sehr gut!) Ich habe nicht nöthig, hinzuzufügen, daß es zwei gleich unerträgliche Dinge giebt: den Mißbrauch der öffentlichen Gewalt und die Widersektlichkeit gegen brave Leute, die beauftragt den öffentlichen Frieden aufrecht zu erhalten, loyal ihre Pflicht erfüllen (Beifall zur Rechten und im rechten Centrum; Unruhe auf der Linken). — Lefèvre und Baze bestiegen gleichzeitig die Tribüne. Auf rechts: „zur Tagesordnung!“ Auf links: „Reden lassen“, dem rechts der Ruf „Keine Diskussion!“ antwortete. Der Präsident ersucht die beiden Abgeordneten, sich der Geschäftsordnung zu fügen, welche nicht sofort eine Interpellation zu stellen gestattet. Baze versucht zum Worte zu kommen; der Präsident nimmt es ihm vom Munde weg, indem er bemerkt, Herr Baze wolle nicht eine Diskussion eröffnen, sondern nur einfach der Versammlung sagen, daß er durch die Antwort des Ministers des Innern vollkommen zufrieden gestellt sei. (Sehr gut! rechts, Gelächter links.) Lefèvre bemerkt zur Geschäftsordnung, daß in einem Falle, der sich erst vor einigen Tagen ereignete (Anfrage Girard's wegen des Wahl-Zirkulars des bonapartistischen Central-Komite's) und auch in früheren Fällen von der Bestimmung der Geschäftsordnung, auf welche der Präsident sich berufe, abgesehen worden sei. Sache des Präsidenten sei es zu verhindern, daß die Bemerkungen, die sich an die Beantwortung einer Frage durch einen Minister knüpfen, nicht in eine Interpellationsdebatte ausarteten. Den Herren Ministern wäre sonst das Antworten zu leicht gemacht. — Der Präsident: Die Geschäftsordnung spricht an keiner Stelle von dem, was man eine „Anfrage“ nennt; sie kennt nur „Interpellationen“ und schreibt die sehr einfachen Formen für solche genau vor. „Anfragen“ sind durch die parlamentarische Praxis eingeführt worden, um durch Einholung sofortiger Information die Debatte aufzuklären, nicht um zu jeder Zeit über beliebige Gegenstände, die gar nicht mit dem Gegenstande der Tagesordnung im Zusammenhange stehen, eine Diskussion herbeizuführen. Was sei „eine kurze summarische Diskussion“, wie sie Herr Lefèvre gestattet wissen wolle? Der Präsident könne sich auf ein unsicheres Gebiet nicht begeben; es wäre ihm sonst unmöglich, die Versammlung bei der Berathung der Gegenstände der Tagesordnung festzuhalten, indem dieselbe jeden Augenblick durch neue „Fragen“ unterbrochen werden könnte; selbst im Einverständniß mit der Regierung könne dieses außer im Falle der Dringlichkeit nicht geschehen. Der Zwischenfall ist geschlossen. Bellatan bestieg die Tribüne, um „zur Geschäftsordnung“ zu sprechen; er nimmt für die Mitglieder das Recht in Anspruch, jeder Zeit „Fragen“ zu stellen, die nicht mit der Tagesordnung im Zusammenhange stehen, das Interpellationsrecht, auf welches der Präsident die Mitglieder verweise, sei illusorisch; er selber habe eine Interpellation eingereicht, die sei aber „auf 6 Monate vertagt“ worden. (Gelächter zur Rechten.) Oft sei auch Gefahr im Verzuge. Präsident: Vorbehalten des Falles der Dringlichkeit“ habe ich gesagt. — Bellatan: Vorgänge, wie die heutigen auf dem Bahnhofe St. Lazare sind im Falle der Dringlichkeit und erheischen eine sofortige Besprechung; der Herr Minister hat auf die an ihn gerichtete Frage übrigens gar nicht geantwortet. (Ruf: Schluß! Schluß!) — De Mahy zeigt sich auf der Tribüne und will eine „persönliche Bemerkung“ vorbringen. — Präsident: Sie können jetzt nicht sprechen, da von Ihnen persönlich nicht die Rede gewesen ist. Die Debatte ist geschlossen. — De Mahy: Es war die Rede von Deputirten, die verhaftet worden sind, ich bin einer derselben. (Ruf: zur Tagesordnung.) Präsident: Sie haben nicht das Wort. — De Mahy: Lassen Sie mich nur zwei Worte sagen. (Ruf: Nein! Nein!) Meine Herren... (Nein! Nein! zur Ordnung!) — Lefèvre, inmitten großen Lärmes: Auch ich bin verhaftet worden, habe ich nicht das Recht zu einer persönlichen Bemerkung das Wort zu ergreifen? (Nein! Nein!) — Präsident: Der Zwischenfall ist geschlossen. Da das Amendement des Herrn Ferry zu Art. 5 an die Kommission zurückgewiesen worden, so kann die Debatte darüber nicht fortgesetzt werden. Die Diskussion über Art. 5 wird abermals vertagt. Schluß der Sitzung 5½ Uhr.

Petersburg, 12. Juni. [Aufhebung der Natural-Quartierleistung. Das Eisenbahnkonzessionswesen.] Der Reichsrath hat dieser Tage eine Vorlage beraten und bekämpft, deren Annahme wohl auch in Preußen allgemeine Befriedigung erregen würde. Es ist dies die Umlage der höchst drückenden und ungleichen Militär-Quartierlast in natura in eine Geldabgabe. Das Wesentliche der vorgenommenen Reform, wie sie endgültig durch die höchste Instanz gegangen ist, besteht in Folgendem: die Beschaffung von Militärquartieren in natura wird in allen Gouvernements und Gebieten des Reiches, außer in Finnland, dem Königreich Polen und dem Kaukasus aufgehoben, mit wenigen Ausnahmen und in ganz besonderen und sehr seltenen Fällen. Die zur Beschaffung von Quartieren für die Truppen erforderlichen, annähernd auf 9 Millionen Rubel veranschlagten Summen übernimmt der Reichsschatz alljährlich auf sein Konto, wofür er seinerseits eine Subsidie aus der Reichsgrundsteuer im Betrage von 3,540,000 Rubel und aus folgende neu einzuführenden Abgaben erhält: a) auf Handels- und Gewerbesteuer, auf Kommis- und Kaufmannscheine, welche die Pässe ersetzen 10 pCt; b) auf Scheine zum Bau und Verkauf von Tabak 15 pCt; c) auf städtische Immobilien in einer noch besonders zu fixirenden Höhe. Die hiesigen Blätter knüpfen an diese Mittheilungen die Bemerkung, die Reform werde nicht nur in ökonomischer Beziehung einen wohlthätigen Einfluß üben. In dem sie die Einquartierung der Truppen verbessere und zentralisire, werde sie sich unzweifelhaft auch in Fortschritten der Soldaten in der Frontbildung äußern, was bei den durch das neue Wehrgesetz eingeführten kurzen Dienstfristen von wesentlicher Wichtigkeit sei. — Seit einiger Zeit kursirt hier das Gerücht von der bevorstehenden Demissionirung des Kommunikationsministers Bobrinski. Derselbe steht allem Anscheine nach mit dem Beschlusse, fernerhin keine Konzeffionen mehr auf dem Wege der öffentlichen Subskription, wie dies bei den Aktienzeichnungen der vier letzten Bahnen der Fall war, in Verbindung. Es scheint, daß die bei diesem Versuche gemachten Erfahrungen, die Regierung bewogen haben, für die Zukunft Konzeffionen zu Neubauten nur bereits existirenden Eisen-

bahngesellschaften, wenn die neue Linie mit der übrigen in unmittelbarer Verbindung stehen, oder Privatunternehmern zu ertheilen.

Peking. Nach Thronbesteigung des jetzigen Kaisers von China gelang es bekanntlich den in Peking beglaubigten Gesandten nicht ohne Weiteres Audienz beim Kaiser zu erhalten. Namentlich wurde erst nach längeren Unterhandlungen mit der chinesischen Regierung das beim Empfange zu beobachtende Zeremoniell zu allerletzt Zufriedenheit festgestellt. Wie nunmehr aus Kiachta gemeldet wird, ist der neue russische Gesandte von Bülow von dem Kaiser von China am 20. Mai in feierlicher Audienz empfangen worden, das vorher von der chinesischen Regierung erhobene Bedenken in Betreff des Empfanges also glücklich erledigt. Das Zeremoniell bei diesem Empfange war dasselbe, wie das erste Mal. Es sind sonach für den künftigen Empfang fremder Gesandten in Peking jetzt zwei Präzedenzfälle vorhanden; es ist also zu erwarten und im Interesse der guten Beziehungen zu Europa mit Befriedigung davon Akt zu nehmen, daß die chinesische Regierung den Gesandten in Zukunft keine Schwierigkeiten in Betreff der Antrittsaudienz machen wird.

Vom Provinzial-Landtage.

Mm. Posen, 14. Juni. Die zum 17. Provinzial-Landtage des Großherzogthums Polen einberufenen Abgeordneten wohnten heute früh um 10 Uhr dem Gottesdienste in der katholischen Pfarrkirche St. Mariam Magdalenam beziehungsweise in der evangelischen Kirche St. Pauli bei und versammelten sich sodann um 12¼ Uhr Nachmittag in dem Sitzungssaale des f. g. alten Landschaftsgebäudes hieselbst.

Nachdem der königliche Kommissarius, Ober-Präsident Guenther, durch eine Deputation benachrichtigt worden war, daß der Provinzial-Landtag versammelt sei, begab sich derselbe in die Mitte der Versammlung und eröffnete den Provinzial-Landtag mit folgender Ansprache:

Hochgeehrte Herren! Seit Ihrer letzten Versammlung hat eine weitgreifende Bewegung im wirtschaftlichen Leben sich vollzogen. Der Aufschwung, welchen Handel und Industrie vielfach dadurch erfahren haben, hat eine nennenswerthe Ausdehnung auf das Großherzogthum nicht gewonnen. Dagegen ist das letztere von der in Folge der Ueber speculation eingetretenen Kreditkrise wesentlich mit ergriffen worden.

Um die Provinzial-Hilfskasse in den Stand zu setzen, für die Abhülfe der Creditnoth wirksam zu sein, und insbesondere auch kleineren ländlichen Grundbesitzern Darlehne zu ihrer Erhaltung zu gewähren, ist eine Verstärkung der Fonds derselben und eine Abänderung einiger Bestimmungen ihres Status erforderlich. Eine dahin zielende Vorlage wird Ihnen gemacht werden.

Es wird Ihnen ferner der in dem Allerhöchsten Propositions-Dekret bezeichnete Entwurf eines Gesetzes, betreffend die anderweitige Regelung der Verpflichtung zur Leistung der Hand- und Spanndienste für die Unterhaltung der Land- und Heerstraßen in der Provinz Posen zur Begutachtung unterbreitet werden. Die Beschwerden des Bauernstandes über unbillige Belastung bei dem Wegebau sind Ihnen bekannt. Der Gesetzes-Entwurf bezweckt eine Abhülfe dieser Beschwerden.

Andere Vorlagen, welche Ihnen zugehen werden, betreffen die von Ihnen auf dem 16. Provinzial-Landtage als wünschenswerth bezeichneten Änderungen des Reglements für die Feuer-Sozietät der Provinz Posen, die erebutische Einziehung der an die Provinzial-Hilfskasse zu zahlenden Zins- und Amortisationsbeträge, die Konvertirung der Provinzial-Anleihen, die Bewilligung der zur Erhaltung und weiteren Entwicklung der ständischen Institute erforderlichen Geldmittel und die von Ihnen vorzunehmenden Wahlen.

Die vorgeschriebenen Berichte und Ausweise über die Leitung und Wirksamkeit der städtischen Institute und Verwaltungen werden Ihnen ebenfalls vorgelegt werden.

Ich bitte Sie, den umfassenden Geschäften, welche Ihnen obliegen, mit der Hingebung sich zu unterziehen, welche Sie bei Berathung der Angelegenheiten der Provinz stets bewährt haben. So weit es in Ihren Kräften steht, werde ich gern bereit sein, Sie hierzu zu unterstützen.

Ihnen, Herr Landtags-Marschall überreichte ich den Allerhöchsten Landtags-Abschied vom 27. Mai d. J. und das Allerhöchste Propositions-Dekret von demselben Tage, und erkläre im Namen und im Auftrag Sr. Majestät des Kaisers und Königs den 17. Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen für eröffnet.

Die oben von mir geäußerten Worte bitte ich Sie in polnischer Sprache vorlesen zu lassen.

Der Landtagsmarschall entgegnete hierauf:

Mit Freuden begrüßen wir es, daß uns den Vorlagen, welche Sie, hochgeehrter Herr Landtags-Kommissarius uns so eben als die Grundlage unsrer Arbeiten angekündigt haben, sich solche befinden, die sich die Verbesserung der Lage des kleinen bäuerlichen Grundbesitzers zur Aufgabe stellen, da diese bei uns mehr als in den andern Provinzen der Fürsorge bedarf.

Wir werden es uns angelegen sein lassen, auf dem Wege, den die vor uns versammelt gemessenen Landtage betreten haben, weiter fortzuschreiten und namentlich der Kreditbedürftigkeit des kleineren Grundbesitzers, die durch die Störungen, welche sich in den letzten Jahren allgemein auf dem wirtschaftlichen Gebiete geltend gemacht und selbst auch unsre Provinz in Mitleidenschaft gezogen haben, größer denn je ist, so weit dies überhaupt durch Maßnahmen unerreicht geschehen kann und soweit die Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Provinz es uns gestattet, die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, abzuhefen.

Ich darf die Versicherung aussprechen, daß die Vertreter der Provinz, wie es bisher immer ihr Bestreben war, innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse und ihres Könnens zu helfen, wo Hilfe notwendig war, auch jetzt bereit sein werden mit der Kraft, welche die Vereinnung Aller zu gleichem Zweck verleiht, den Einzelnen, deren wirtschaftliche Existenz ohne ihre Schuld in Frage gestellt ist, beizuspringen, ohne doch den Charakter des provinzialständischen Instituts, dessen Thätigkeit wesentlich auf dem Felde der Erreichung gemeinnütziger Zwecke gesucht werden soll, in den eines gewöhnlichen Geldinstituts umzuwandeln!

Wir werden ferner erwägen, ob die jetzigen Verhältnisse des Geldmarktes uns die Möglichkeit geben, durch eine anderweitige Regelung der Schuldverhältnisse, die Last, welche zur Verzinsung und Tilgung der zu Provinzialzwecken kontrahirten resp. vielleicht noch zu kontrahirenden Schuld auf den Steuerpflichtigen ruht, zu verringern.

Jedenfalls läßt uns die Versicherung, daß wir bei diesen wie überhaupt bei unseren Arbeiten auf die thätigste Hilfe des geehrten Herrn Landtagskommissarius, welche ich Namens meiner Mitstände dankbar akzeptire, rechnen dürfen, zuversichtlich hoffen, daß diese Erwägungen zu einem guten Ende und einem unserer Heimath heilsamen Beschlusse führen werden.

Wenn sodann die Regierung Seiner Majestät des Königs sich bereit erklärt auf dem Wege der Gesetzgebung diejenigen Bestimmungen zu beilegen resp. abzuändern, welche die Wegebaulast im Wesentlichen auf die Schultern eines Standes gelegt hat, so werden wir die Vorlage mit dem Ernste prüfen, der ihr gebührt, und ich hoffe, das Resultat dieser Prüfung wird zu einem den Intentionen der Regierung entgegenkommenden Botum führen, denn diese Gesetzgebung ist zu einer Zeit entstanden, welche ganz andere von den jetzigen total veränderte Verhältnisse zu berücksichtigen hatte und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie für die heutigen absolut nicht mehr paßt.

Wir werden endlich die uns sonst noch vorliegenden Vorlagen, welche den Zweck verfolgen, die so segensreich wirkenden Institute in dem Sinne, in welchem sie von unsern Vorgängern gegründet sind, auszubauen und zu weiterer Ausdehnung ihrer Wirksamkeit zu befähigen.

mit Gewissenhaftigkeit und Fleiß einer gründlichen Prüfung...
Es lebe Sr. Majestät der Kaiser und König!

Die Versammlung stimmte in das von dem Marschall ausgebrachte dreimalige Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König...
Der Königliche Kommissarius wurde hierauf durch die Landtagsdeputation wieder zurückbegleitet und es wurden sodann die Verhandlungen der diesmaligen Session eröffnet.

Delegirten-Versammlung des deutschen Handelstages.

Düsseldorf, 12. Juni. Im Laufe des gestrigen Tages hatte der Ausschuss des deutschen Handelstages bereits eine längere, geschlossene Sitzung, in welcher sich derselbe über eine Anzahl von der heutigen Versammlung vorzuschlagender Resolutionen einigte, die keine Opposition, sondern nur eine Paraphrasierung der Nachteile der Tarif-Erhöhung involvirten. Heute Vormittag gegen 10 Uhr wurde in dem großen Mittelsaal der städtischen Tonhalle (Schadowstraße 91) die Delegirten-Versammlung eröffnet, in der ca. 100 Delegirte aus Nord- und Süddeutschland anwesend waren. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkte ich die Herren Kommerzien-Räthe Delbrück und Liebermann, sowie die Herren Dr. Hammacher und Alexander Meyer (Berlin), Dr. Embden (Hamburg), Dr. v. d. Leyen (Bremen), Reichstags-Abgeordneter Dr. Weizsäcker (Kassel), Klassen-Rappellmann (Köln), Julius Schulze (Mainz), Ritzhaupt (Königsberg), Bülow (Breslau) und A. m. V. der Regierungspräsident Frhr. v. Ende (Düsseldorf) wohnte der Verhandlung bei. Den Vorsitz führte Herr Kommerzienrath Delbrück (Berlin). Der Abgeordnete Herr Dr. Hammacher (Berlin) referirte zunächst des Längeren über die erwähnten, von dem Ausschuss zu betrachtenden Resolutionen. Der Art. 45 der deutschen Reichsverfassung — so führte der Redner u. A. aus — laut welchem es die Verpflichtung der deutschen Reichsregierung ist, für die Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife zu wirken, sowie die gesammten gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse widersprechen offenbar jeder Tarif-Erhöhung. Nicht gegen den deutschen Bundesrath, der in vorliegender Frage bereits schlüssig geworden, sondern hauptsächlich gegen die deutschen Partikular-Regierungen müssen unsere Agitationen nunmehr gerichtet sein. Die Erklärung sämtlicher deutscher Eisenbahnverwaltungen, mit Ausnahme der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft, für die Nothwendigkeit der Tarifierhöhung ist weder zu vernachlässigen, noch irgendwie maßgebend. Obgleich die Betriebsüberschüsse der deutschen Eisenbahnen sich, wesentlich in Folge Verabkümung der Deutschen, das Gebiet des Eisenbahnwesens den stetig fortschreitenden Verhältnissen gemäß zu behandeln, seit dem Jahre 1867 bedeutend vermindert haben, so sind doch dieselben im Vergleich zu denen anderer Staaten keineswegs sehr ungünstig. Eine Tarifierhöhung würde die gegenwärtige, allgemeine Geschäftskrisis wesentlich erhöhen und den Eisenbahnverwaltungen folgerichtig nur materielle Nachteile bereiten. Die Ansicht, alle Privatbahnen in Staatsbahnen zu verwandeln, ist Gott sei Dank längst in Deutschland begraben und darf wohl der Handelsstand keineswegs von den Staatsbahnen sein Heil erwarten. So wollen wir denn nun unsere Beschlüsse, getragen von dem Bewusstsein, daß die Interessen des deutschen Handelsstandes und Eisenbahnverwaltungen vollständig solidarisirt sind, fassen.

Der Präsident des deutschen Reichseisenbahnamtes, Herr Scheele (Berlin), hatte folgendes Telegramm eingesandt: „Generalversammlung des Handelsstandes. Der Bundesrath hat sämtliche Tarifanträge der Bundesauschüsse für Handel und Eisenbahnen genehmigt. Ueber die Tarifvorchriften wird der Handelsstand, soweit erforderlich, geurtheilt werden.“ — Herr Bued (Sekretär der Düsseldorf. Handelskammer) erklärt sich gegen jede Tarifierhöhung und mithin auch gegen einige Punkte der vom Ausschuss beantragten Resolution. Er (Redner) und seine Genossenschaftsgenossen würden selbst dann noch gegen jede Tarifierhöhung energisch protestiren, wenn die deutschen Partikular-Regierungen dem Beschlusse des Bundesrathes schon beigepflichtet hätten. — Herr Winter (München) gab die Versicherung, daß die bairische Regierung die Vertreter des Handelsstandes bezüglich vorliegender Frage hören werde. Die Herren Julius Schulze (Mainz), Mulranth (Düsseldorf) und Bitte (Köln) äußerten sich noch gegen jede Tarifierhöhung und wurde schließlich resolvirt: „Da der Bundesrath des deutschen Reiches glaubhaften Mittheilungen zufolge darüber schlüssig ist, gewissen Gütertarif-Erhöhen auf deutschen Eisenbahnen von Reichswegen nicht entgegen zu treten, so drückt die Versammlung ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß hierbei die nach Art. 45 der deutschen Reichsverfassung den Gütertarif-Erhöhen entgegenstehenden Bedenken nicht die den Anschauungen und Interessen des deutschen Handelsstandes entsprechende Würdigung gefunden haben, sowie daß die Vertreter des Handels und der Industrie nicht über das Bedürfnis und die Wirkungen der Maßregel vorher gebürt worden sind.“ Die ferneren vorliegenden Anträge veranlaßten noch eine sehr lange und lebhaft diskussion. Es wurde des Weiteren beschlossen: 1) Aufhefung der finanziellen Verhältnisse der deutschen Eisenbahnen sollte die Reichspostverwaltung zu einer angemessenen Entscheidung für die in ihrem Interesse vorzunehmenden Leistungen der Eisenbahnen angehalten und die bestehende Eisenbahnsteuer aufgehoben werden. 2) Im Interesse einer früheren und glücklicheren Tarif-Entwicklung ist den Eisenbahn-Verwaltungen das Recht einzuräumen, die in Zukunft aus freien Stücken herabgesetzten Tarife wieder auf die frühere Höhe zu bringen, insofern nicht besondere Verträge entgegenstehen. 3) Um unnötige Ausgaben und Kapital-Veranlagungen in Eisenbahnbauten zu vermeiden, sowie zur Befestigung der von einzelnen Eisenbahnverwaltungen oft erhobenen Schwierigkeiten bei der Ueber- und Weiterführung der Klagen von einer Sache auf die andere, hat die Gesetzgebung den Grundlag der Gebrauchs-Entgegnung (des Rechts auf zwangsweise Mitbenutzung) der Schienenwege, Bahnhöfe und anderer für den Betrieb unentbehrlicher Einrichtungen klar zu stellen und zu entwickeln. 4) Eine wesentliche Herabminderung der Selbstkosten der Eisenbahnen ist von der fortschreitenden Vervollkommenheit der Betriebsanlagen und des Betriebes von der Befestigung unwirtschaftlicher Gewohnheiten zu gewärtigen. 5) Die Maßregel eines Zuschlages zu den Eisenbahn-Tarifen ist zu verwerfen, die Frage der Tariffähigkeit ist aber unbedingt nicht anders als in Verbindung mit der Frage einer Reform des Tarifsystems zu behandeln und ist vor endgültiger Beschlussfassung über dieselbe die gutachtliche Aeußerung der Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft einzuholen. Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages wird beauftragt, vorstehende Beschlüsse zur Kenntniss der deutschen Partikular-Regierungen zu bringen.“ Sodann wurde die Delegirten-Versammlung gegen 5 Uhr Nachmittags geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Juni.

Bei der Beschlagnahme der Konsistorialkasse in Gnesen wurde, wie verlautet, in derselben ein Bestand von ca. einer Viertel Million Thaler in Effekten und barem Gelde vorgefunden. Ein hiesiger Korrespondent der „Gazeta Torunska“ spricht sein Erstaunen darüber aus, daß die geistliche Behörde so bedeutende Summen habe unproduktiv liegen lassen. Man hätte dieselben auf sichere Hypotheken ausleihen und dadurch die Einnahme derselben unterstützen sollen, welche das Geld eingezahlt haben.

r. Zu dem Pferde- und Viehmarkt, welcher hier am 12. d. M. (Freitag) abgehalten wurde, waren angetrieben worden 275 Pferde, davon 14 Luxusperde und 11 Fohlen, 250 Arbeitsperde. Der höchste Preis, welcher beim Verkaufe erzielt wurde, war 300 Thlr., der niedrigste 45 Thlr. Es wurde über die Hälfte der Pferde verkauft und waren Käufer aus den benachbarten Provinzen und selbst aus Mecklenburg und Posen erschienen. — Zum Viehmarkt waren angetrieben: 1 Stammochse, 31 Zugochsen, 60 Kühe, 10 Kälber, und wurden für Ochsen bis 150 Thlr., für Kühe 40—90 Thlr., für Kälber 6—8 Thlr. bezahlt.

Konfiszirt. Der „Prusjaciel Ludu“ in Kulm vom Freitag ist, wie er mittheilt, wegen Veröffentlichung eines Aufrufs an die polnische Bevölkerung, worin dieselbe zur Vertheidigung ihrer Sprache aufgefordert wird, polizeilich mit Beschlag belegt worden.

g. Obornik, 13. Juni. [Die katholischen Gemeinden] Maniewo und Tschuskotowo sind in das Kirchspiel Chudowo eingepfarrt. Bekanntlich gehört der dortige Vikar v. Grabowski zu den ungeschicklich Angestellten und ist die Stelle somit seit Monaten eigentlich unbesetzt. Die Kirchenvorstände obiger Gemeinden haben sich nun mit einem Gesuch an den Herrn Oberpräsidenten gewendet und darin um Wiederbesetzung der Stelle mit einem rechtmäßigen Pfarrer gebeten, da sie alle Lasten und Abgaben fortentrichten müssen, ohne jedoch einen Seelenforger zu besitzen, welcher Taufen und Trauungen u. s. w. mit gesetzlicher Wirkung verrichten kann.

Δ Schwerfenz, 13. Juni. [Der Kaiser als Schützenkönig]. Wie seiner Zeit berichtet wurde, ist bei dem diesjährigen Pfingstschießen der beste Schuß für den Kaiser gethan worden. Infolge des an denselben überlieferten Telegramms kam nun heute ein Ehrengeschenk, bestehend in einer goldenen Medaille und das nachfolgende Schreiben hier an:

„Se. Majestät haben aus der telegraphischen Anzeige vom 29. v. Monats mit Interesse ersehen, daß bei dem diesjährigen Pfingstschießen der dortigen Schützengilde der beste Schuß von dem Rathmann Wenzel für Se. Majestät abgegeben worden ist. Se. Majestät wollen die dadurch erlangte Schützenkönigswürde annehmen und haben aus diesem Anlaß der Schützengilde die beifolgende goldene Medaille zu verehren geruht. Zudem ich den Magistrat erlaube, die Aushändigung derselben an die Schützengilde übernehmen zu wollen, bemerke ich ergebenst, daß nach der Bestimmung Sr. Majestät die für den Königsschuß etwa ausgelegte Prämie den Schützen verbleiben soll.“
Der Geheime Kabinetts-Rath
v. Wilamowski.

Wollmarktsbericht.

Bei der seit den letzten Monaten des vorigen Jahres andauernd gedrückt gebliebenen Lage des Wollhandels war von vornherein für die neue Saison eine laur Stimmung vorherrschend, in deren Folge das Kontraktgeschäft fast gänzlich ruhte und vereinzelte Abschlüsse nur unter wesentlicher Ermäßigung der vorherigen Preise zu Stande kamen. Unter dem Eindruck dieser Stimmung verlief auch der Verkehr an den kleineren schlesischen Wollmärkten, während das Geschäft am Breslauer Markte wider Erwarten eine etwas günstigere Wendung nahm. Hierdurch machte sich für den unmittelbar auf letzterem folgenden hiesigen Markt kurz vor Beginn desselben die Hoffnung auf eine gebesserte Preislage geltend; leider erwies sich solche, da Produzenten auf Vorjahrpreisen bestanden, Käufer jedoch zurückhaltend blieben, als nicht gerechtfertigt.

Mit Eintritt des ersten kalendermäßigen Markttagess eröffnete das Geschäft schleppend, wovon sich in weiteren Verlaufe desselben, namentlich als rheinische Käufer in den Markt traten, durch größere Nachgiebigkeit der Verkäufer ziemlich lebhaftere Umsätze, und zwar mit einem Abschlage von 1—3 Thlr. gegen vorjährige Preise für gut behandelte Wollen, stifteten. Da in der weiteren Entwicklung des Verkehrs aber alle Käufer nur lustlos an's Geschäft gingen, verflaute sich die Stimmung allmählich und die Inhaber mußten bei vollständiger Entmuthigung mit erheblich reduzierten Preisen sich begnügen, so daß am zweiten Tage, mit welchem recht eigentlich das Marktgeschäft schon zu Ende ging, der Rückschlag je nach Beschaffenheit der Wollen auf 6—10 Thlr. sich normirte. Bei dem Geschäft hatten sich vornehmlich rheinländische, wie lausiger und schlesische Fabrikanten, auch Händler von hier und aus den Nachbarprovinzen betheiliget. Der dritte Markttag verlief, nachdem die größere Zahl von Käufern bereits abgereist war, äußerst still.

Die Zufuhr betrug nach amtlichen Ermittlungen 25,672 Ctr. im Vorjahre 21,850 „

also in diesem Jahre mehr 3,822 Ctr., welche Mehraufuhr dadurch entstand, daß Wollen aus der Provinz, die sonst nach Breslau zu gehen pflegten, wegen verspäteter Schur oder auch in Erwartung einer besseren Gestaltung des hiesigen Marktes zum Versand hierher gelangten, und daß ferner mittelst der Posen-Thorner Bahn größere Posten aus Polen zugeführt wurden. Außerdem hatten wir bei Eröffnung des Marktes noch einen Lagerbestand von ungefähr 2000 Ctrn. am Plage.

Unser Markt liegt für die nordwestlichen und zentralen Kreise Polens günstig und ist mit Zunahme der Bahnverbindung dorthin eine dauernde Verstärkung der Zufuhren für denselben zu erwarten. Unter den vorgeschilderten gedrückt Verhältnissen wurden fast Zweidrittel des vorhanden gewesenen Gesamtquantums geräumt, während der Ueberrest zum Theil auf Lager ging, zum Theil aber nach anderen Wollmarktsplätzen verladen wurde.

Was die Wäsche und Behandlung der Wollen anbelangt, so zeigte sich dieselbe auffallenderweise und trotz der vor der Wollmarktzeit günstig verlaufenen Witterung häufig mangelhaft, und es hatten hauptsächlich solchergerhalt fehlerhafte Wollen unter der Preisreduktion zu leiden; es blieb auch ein ansehnlicher Theil von schlecht behandelten Wollen gänzlich unbesucht und unverkauf.

Das Schurgewicht erwies sich zum 8—12 pCt. geringer, als im vorausgesehenen Jahre.

Preise stellten sich im Allgemeinen annähernd wie folgt:

| | |
|-----------------------------------|--------------|
| feine und hochfeine Wollen | 70—76 Thlr., |
| mittelfeine | 64—69 „ |
| Mittel- und geringe Dominalwollen | 55—62 „ |
| Zweischürige und ordinäre | 45—50 „ |

wobei nicht unbemerkt bleiben soll, daß die je nach der exquirten oder besonders mangelhaften Beschaffenheit der Wollen vorgekommenen, über die vorgenannten Preise hinausgehenden oder unter denselben verbleibenden Abweichungen sich nicht genau bezeichnen lassen.

Posen, den 14. Juni 1874.
Die ständige Kommission der Handelskammer für das Wollgeschäft.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Stettin, 14. Juni. Zu dem am Dienstag stattfindenden Wollmarkt sind erst etwa 1000 Zentner Dominalwollen angekommen, welche den Herrn J. A. Glöth und Aug. Horn, welche den Exerzierstuppen zum Lagern innehaben, meistens in Kommission gegeben sind. Ferner größere Posten, noch etwa 800—900 Zentner, sind angemeldet, andere bekannte Stämme, wenn man mit der Wäsche und Schur bis dahin fertig werden sollte, noch in Aussicht gestellt. — Unter den Rosenstein'schen Felten lagert bis jetzt noch keine Wolle; die im Freien ausgelegte Wolle darf bekanntlich erst am Tage des Wollmarktes selbst von früh ab aufgefahren werden. Auf den Umfang der

Zufuhren läßt sich bis jetzt auch noch nicht annähernd ein Schluß ziehen; manche Güter sind noch mit der Wäsche und Schur im Rückstande, andere haben noch in letzter Zeit im Hause an die Kommissionäre von Fabrikanten oder an Händler verkauft. Letztere pflegen bekanntlich selbst mit dem aufgekauften Quantum die Märkte zu beziehen, um wo möglich höhere Preise als die bezahlten zu erzielen. Als sicher ist wohl anzunehmen, daß Käufer in nicht geringerer Anzahl als sonst sich finden werden, da wie trotz der klauen Berichte der Wollmärkte sich herausgestellt hat, Begehr von Seiten der Fabrikanten, die unsern Markt zu beziehen pflegen, vorhanden ist. Die bisher auf den Gütern verkauften Wollen bekannter Stämme sind nur wenige Thaler unter vorjährigen Preisen bei guter Wäsche abgegangen worden.

** Landsberg a. W., 14. Juni. Die Zufuhren zum heutigen Wollmarkt betragen 12,180 Ztr. gegen 5049 Ztr. im vorigen Jahre. Es ist bereits die größere Hälfte der Zufuhren verkauft. Dominalwollen wurden mit 60—63 Thlr. bezahlt, vereinzelt höher. Mittelwollen 54—56, geringe gegen 50 Thlr. Der Preisabschlag gegen das letzte Jahr stellte sich je nach der Qualität der Wollen auf 10—6 Thlr. Käufer waren hauptsächlich Fabrikanten aus der Umgegend. Händler waren nur in geringer Zahl vertreten. Wäschten theilweise mangelhaft.

** Leipzig, 13. Juni. Die Zufuhren zum hiesigen Wollmarkt sind annähernd den vorjährigen gleich, die Wäschten gut, die Wollen trockener als im vorigen Jahre. Bis 11 Uhr Vormittags waren bereits $\frac{2}{3}$ des zugeführten Quantums verkauft. Sch: gut gewaschene und gut behandelte Waare erzielte vorjährige Preise, gut gewaschene erfuhr einen Preisrückschlag von 3—5 Thalern, während delphatische Wäschten bis 8 Thlr. pr. Centner verloren. Eine größere Partie schlechte gewaschene Wolle brachte 105 Thlr. pr. Ctr. Die Kauflust blieb im Laufe des Tages reger, so daß der Markt bis auf wenige schlechte Wäschten oder zu hoch im Preise gehaltene Partien bis 3 Uhr Nachmittags geräumt war. Neue Zufuhren werden nicht mehr erwartet. Käufer waren hauptsächlich sächsische Fabrikanten und hiesige Händler, sowie Händler aus der Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Telegraphische Berichte vom 15. Juni.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Robertin aus Hamburg, Manti a. Brüssel, Rohmann a. Bremen, Köfler a. Magdeburg, die Rittergutsbesitzer v. Mulolowski a. Kottin, v. Modelowski u. Frau a. Polen, v. Knycki a. Kremenlo, Wegner a. Blottowo, Gütsbesitzer Rocalsowski a. Krafau, Rentier Kenowski a. Warschau, Oberst v. Massenbach a. Berlin, die Rent. v. Busse a. Zillichau und v. Erin a. Sorau, Ingenieur Reifner a. Breslau, Fabrikant Schmacher a. Glogau, Anwalt Tauschen u. Frau a. Berlin, Kobargt Kargel a. Kreuzburg, Sekretär Mende a. Leobschütz, Lieutenant Bräun a. Glogau.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Sachs aus Berlin, Adolph Gapski und Goldstein a. Breslau, Rafler a. Merane, Trunpff a. Leipzig, Landmann a. Schwarzenberg, Hindrichs a. Nemscheid, Speyer und Wolff a. Berlin, Waltherr a. Leipzig, Friedenthal a. Gniemowo, Bierling a. Leipzig, Guttman a. Breslau, Mühl aus Chemnitz, die Rittergutsbesitzer v. Stablewski a. Dlorie, Major von Heidebrand v. d. Laja a. Ober-Wiesdorf, v. Kalkreuth a. Muchocin, Landhofsbesitzer v. Roy a. Wierzbizano, Ass.-Inspektor Fuhlen aus Breslau, Fräul. Czamkowska London, Frau Thiel und Tochter aus Königsberg, Fräul. von Giesberg a. Elbing, die Rittergutsbesitzer Tarowski a. Breslau, Wulff a. Mogilno.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Müncenberg und Tarkowski a. Frankfurt, Waltersberg a. Breslau, Schilling a. Berlin, die Rittergutsbesitzer Dütsche a. Rombezn, Hoffmayer aus Blotitz, Fuhrmann a. Briesen, Frau Juvenit a. Nagradowice, Gütsbesitzer Hüllrich a. Bistupitz, Dr. Lwiniski aus Bud, Bürgermeister Scholtz a. Meseritz, Gütsbesitzer J. Kies a. Wange.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Martini a. Dembowo, Wiedt nebst Frau a. Podgan, General-Landschafts- und Regierungsrath Elsner v. Gronow und Gemalin a. Breslau, Rechts-Anwalt Klemme nebst Frau a. Grätz, Lieutenant von Zepelin aus Wabitz, die Kaufleute Bujakowski nebst Frau a. Königsberg, Major nebst Tochter a. Malant, Knauß und Rosenthal a. Stettin, Silberstein a. Frankfurt a. M., Rudi a. Alexandrowo, Wilfowitsch a. Thorn.

KELLER'S HOTEL. Die Kaufleute Zuder a. Bromberg, Sted a. Breschen, Frau Stulnit a. Slupce, Gentes jun. aus Wolfstein, Frau Cohn und Tochter a. Chobizien, Herrmann a. Radziejewo, Wulff a. Guben, Rosenbaum a. Breslau, Gütsbesitzer Busse a. Birkow, Gerichts-Sekretär Wolowski a. Bempelburg, Viehhändler Klafow aus Gostcheuland.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 13. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 80 100 Liter 100 pCt. pr. Juni 23 $\frac{1}{2}$, pr. August-September 22 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober 22 $\frac{1}{2}$. Weizen pr. Juni 90. Roggen pr. Juni 64 $\frac{1}{2}$, pr. Juli-August 59 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober 56 $\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Juni 19 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober 19 $\frac{1}{2}$. Zink 6 $\frac{1}{2}$ bez. — Wetter: Rauh.

Bremen, 13. Juni. Petro: zum besser, Standard white 100 11 Hamburg, 13. Juni, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen 100 rubig, auf Termine still. Roggen 100 still, auf Termine ruhig. Weizen 216-pb. pr. Juni 1000 Kilo netto 257 B., 256 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 251 B., 250 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 250 B., 249 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 243 B., 242 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 236 B., 235 G. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 181 B., 180 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 177 $\frac{1}{2}$ B., 176 $\frac{1}{2}$ G., pr. August-September 1000 Kilo netto 172 B., 171 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 170 B., 169 G. Caffee fest. Herbst geschnittlos. Rüböl still, 100 59, pr. Oktober 200 Spd. 61. Spiritus still, pr. Juni-Juli 51, pr. Juli-August 53, pr. August-September 54 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 56. Kaffee steigend, Umsatz 5000 Sack. Petroleum steigend, Standard white 100 11, 20 B., 11 00 G., pr. Juni 11 00 G., pr. August-Dezember 11, 80 G. — Wetter: Regengüsse.

Köln, 13. Juni, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Rauh. Weizen lau, hiesiger 100 9, 15, fremder 9, 5, pr. Juli 8, 15, pr. November 7, 19 $\frac{1}{2}$. Roggen niedriger, fremder 100 6, 15 a 6, 7 $\frac{1}{2}$, pr. Juli 5, 23 $\frac{1}{2}$, pr. November 5, 14 $\frac{1}{2}$. Rüböl unverändert, 100 10 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 11 $\frac{1}{2}$ Leinöl 100 11 $\frac{1}{2}$.

London, 12. Juni. (Getreidemarkt) Schlussbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15,920, Gerste 9010, Caffee 43,270 Oetrs. Der Markt schloß für sämtliches Getreide sehr ruhig. Rother Weizen 1—2 Sh. niedriger, Mehl sehr ruhig, Frühjahrsgetreide stetig. — Wetter: Rauh.

Liverpool, 13. Juni, Nachmittags. Baumwolle (Schlussbericht): Upland 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Markt, schwimmende ebenfalls matt. Middling Orleans 8 $\frac{1}{2}$, middling amerikan. 8 $\frac{1}{2}$, fair Dhollerah 5 $\frac{1}{2}$, middling fair Dhollerah 5 $\frac{1}{2}$, good middling Dhollerah 5, middling Dhollerah 4 $\frac{1}{2}$, fair Bengal 4 $\frac{1}{2}$, fair Broad 5 $\frac{1}{2}$, New fair Douma 5 $\frac{1}{2}$, good fair Douma 6 $\frac{1}{2}$, fair Madras 5 $\frac{1}{2}$, fair Pernam 8 $\frac{1}{2}$, fair Smyrna 7, fair Egyptian 8 $\frac{1}{2}$. Upland nicht unter good ordinary Juni-Juli-Lieferung 8 $\frac{1}{2}$, desgl nicht unter low middling Juni-Juli-Lieferung 8 $\frac{1}{2}$ d.

